

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-001770/2024  
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

**Jens Gieseke (PPE), Ralf Seekatz (PPE), Lena Düpont (PPE), Oliver Schenk (PPE), Norbert Lins (PPE), Verena Mertens (PPE), Stefan Berger (PPE), Marion Walsmann (PPE), Christian Doleschal (PPE), Christine Schneider (PPE), Alexandra Mehnert (PPE), Peter Liese (PPE), Dennis Radtke (PPE), Andrea Wechsler (PPE), Stefan Köhler (PPE), Markus Ferber (PPE), Monika Hohlmeier (PPE), Christian Ehler (PPE), Manfred Weber (PPE), David McAllister (PPE), Angelika Niebler (PPE)**

Betrifft: Auswirkungen der Klimaschutzpolitik auf die Beschäftigungsquote im  
Mobilitätssektor

Die systematische Überprüfung bestehender Gesetzgebung ist das zentrale Steuerungsinstrument, um sicherzustellen, dass die Ziele der Klimaschutzpolitik in einem realistischen Verhältnis zu den Rahmenbedingungen des Mobilitätssektors stehen. Der politisch gewollten schnellen Marktdurchdringung von E-Fahrzeugen mangelt es an einem parallelen Vorstoß zu der Umstellung von Lieferketten und der Attraktivitätssteigerung des Konsumentenmarktes. Dies führt bereits heute zu massiven Verwerfungen: Automobilhersteller planen den umfassenden Abbau von Arbeitsplätzen.

Dies wirft folgende Fragen auf:

1. In welchem Ausmaß führt das Verbot der Neuzulassung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor ab 2035 („Verbrennerverbot“) bereits heute zu Arbeitsplatzverlusten bzw. wie hoch sind die zu erwartenden Arbeitsplatzverluste bis 2035?
2. Welche Auswirkungen hätte ein technologieneutraler Ansatz auf die Sicherung von Arbeitsplätzen bei Automobilherstellern und der Zulieferindustrie?
3. Erwägt die Europäische Kommission eine vorzeitige Evaluierung der für den Automobilsektor relevanten Gesetzgebung? Falls ja, in welchem Zeitrahmen? Falls nein, mit welcher Begründung?

Eingang: 19.9.2024